



## Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag  
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel  
E-Mail: sayn@wittgenstein.ltsh.de

# P R E S S E M I T T E I L U N G 12/2021

Kiel, den 15.2.2021

## **Grausame Rituale mitten in Deutschland**

### **Studie belegt: Genitalverstümmelungen in Deutschland nehmen drastisch zu – 1.800 Frauen in Schleswig-Holstein betroffen**

531 Mädchen in Schleswig-Holstein droht aktuell eine Beschneidung, die treffend als Genitalverstümmelung bezeichnet wird. Insgesamt seien rund 1.800 Frauen im nördlichsten Bundesland hiervon betroffen, berichtete die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ (shz) am 6.2.21. Allerdings dürfte nach Auffassung von Experten die Dunkelziffer noch höher sein.

Bundesweit sind derzeit 67.975 Frauen von Genitalverstümmelungen gepeinigt. Die Zahl ist in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen, wie eine am 25. Juni 2020 veröffentlichte Studie des Bundesfamilienministeriums aufzeigt. Der Anstieg im Vergleich zur letzten Erhebung im Februar 2017 beträgt 44 Prozent! Betroffen sind vor allem Frauen aus Eritrea, Somalia, Indonesien, Ägypten und Nigeria. In seiner Pressemitteilung heißt es dazu: „Die deutliche Steigerung der Zahl der betroffenen und gefährdeten Frauen und Mädchen ist darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen aus Herkunftsländern, in denen weibliche Genitalverstümmelung praktiziert wird, nach Deutschland gekommen sind“ (vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/rund-68-000-frauen-und-maedchen-in-deutschland-betroffen/156806>).

Erschreckend ist das Ausmaß weiblicher Genitalverstümmelung minderjähriger Mädchen. Verglichen mit 2017 ist hier ein Anstieg um bis zu 162 Prozent zu verzeichnen. Insbesondere Mädchen aus den Staaten Somalia, Eritrea, Ägypten, Nigeria und Irak sind gefährdet.

Die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein, die bereits in parlamentarischen Anfragen (vgl. [Kleine Anfrage vom 01. März 2019 DS 19/1264](#)) auf das Unrecht der Genitalverstümmelung aufmerksam machte, erklärt zu den jüngsten Zahlen: „Mit der Einwanderung aus Drittweltländern holen wir uns nicht nur massenweise kriminelle Migranten ins Land, sondern importieren auch grausame Rituale aus frauenfeindlichen Gesellschaften. So etwas

darf es in Deutschland nicht geben! Soll das die gepriesene bunte Vielfalt in unserem Land sein?  
Wir brauchen nicht nur eine Strafverschärfung sondern auch Maßnahmen, die derartiges Unrecht vermeiden helfen, wie z.B. eine Meldepflicht für Lehrer und Ärzte bei Vorliegen des Verdachts auf eine derartige Straftat.“